

**Protokoll
über die Beratung des Ausschusses für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten am 05.01.2005**

Anwesend: s. Anwesenheitsliste (Anlage)

Ort: Technisches Rathaus, Raum 1.001/1.002

Leitung: Vorsitzender, Herr Dr. Fischer

Herr Dr. Fischer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Mitglieder und Gäste zur ersten Sitzung im Jahr 2005.

TOP 1: Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig bestätigt.

TOP 2: Protokollkontrolle

Zum Protokoll vom 01.12.2004 gibt es keine Beanstandungen, Ergänzungen oder Hinweise.

Das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

Öffentlicher Teil

TOP 3.: Informationen der Arbeitsgruppe „Prävention“ des Regionalen Arbeitskreises Gesundheitsförderung Cottbus e. V.

Frau Zitelmann, Geschäftsführerin des Regionalen Arbeitskreises und Leiterin der AG „Prävention“ und **Herr Wendt**, Mitglied der AG, stellen das Projekt „Unsere Stadt gemeinsam gegen Drogen“ vor.

Auf Anregung des Gesundheitsamtes wurde der Regionale Arbeitskreis gegründet und das Projekt zur Intensivierung der schulischen Sucht- und Drogenprävention ins Leben gerufen. Der Arbeitskreis zählt gegenwärtig 16 Mitglieder. Partner des AK ist das Sachgebiet Prävention des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) Schutzbereich Cottbus/Spree-Neiße. Das Projekt zielt vordergründig auf die Primärprävention für Kinder ab der 7. Klasse ab. Zu den Schwerpunkten

des Projektes zählen Schulungsveranstaltungen für Lehrer, Erzieher und Mitarbeiter an Schulen, Informationsveranstaltungen für Eltern, deren Kinder die 7. Klasse besuchen. Weiterhin zählen die ursachenorientierte Prävention mit Schülern der 7. Klassen sowie die Schulung von Gleichaltrigengruppen.

Die Cottbuser Schulen haben jederzeit die Möglichkeit, sich an den Arbeitskreis zu wenden und Gesprächsangebote zu nutzen.

Weitere Informationen sind in den zur Verfügung gestellten Flyer und Info-Broschüren enthalten.

Der Ausschuss erachtet es als notwendig und erteilt die Empfehlung, dass sich der Verein in gleicher Weise im Ausschuss Bildung, Schule, Sport, Kultur vorstellt.

TOP 4.: Informationen zum neuen Zuwanderungsgesetz

Herr Wegener informiert über die Neuregelungen des Zuwanderungsgesetzes. Die im Vortrag erläuterten Neuregelungen werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Herr Gissel ergänzt, dass mit der neuen Bundesgesetzgebung SGB XII die bisherigen Leistungen „Hilfen zur Arbeit“ entfallen; jedoch nach entsprechender Einzelfallentscheidung Möglichkeiten für die Ausübung einer gemeinnützigen Arbeit in Anlehnung an den § 11 des SGB XII bestehen.

Die entsprechenden Informationen/Daten können dem Ausschuss nach ca. einem viertel Jahr gegeben werden.

TOP 5.: Sozialbericht des Sozialamtes

Frau Teusch stellt den Sozialbericht des Sozialamtes für die Jahre 2000 – 2003 vor. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Bericht nicht mehr maßgebend, da neue Gesetzlichkeiten in Kraft getreten sind. Im Ergebnis der Diskussion wird deutlich, dass der Sozialbericht eine Grundlage neben der Vernetzung mit anderen Erhebungen (u. a. aus dem Jugendamt) für die Erarbeitung des Sozial- und Armutsberichtes bietet. Die Verwaltung gibt jedoch zu bedenken, dass der Bericht mit Terminstellung im September aufgrund der neuen Gesetzlichkeiten und deren Auswirkungen bis zu diesem Zeitraum noch kein gesichertes Zahlenmaterial beinhalten kann. Der Ausschussvorsitzende empfiehlt, in den Fraktionen weitere Abstimmungen zu führen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Exemplar des Sozialberichtes des Sozialamtes 2000 – 2003 an alle Fraktionen zu übergeben.

Die Thematik der Erstellung eines Sozial- und Armutsberichtes für die Stadt Cottbus wird im Monat Februar auf die Tagesordnung gesetzt.

TOP 6.: Sonstiges

6.1. Cottbus-Pass (Hartz IV)

Auf Nachfrage von **Frau Kircheis**, ob die ALG II-Empfänger weiterhin Anspruch auf den Cottbus-Pass haben, antwortet Herr Gissel, dass sich die Zuständigkeit nicht mehr im Sozialamt, sondern im Dezernat Recht, Sicherheit, Ordnung und Umwelt, Bürgeramt befindet.

6.2. Verbraucherzentrale Brandenburg, Beratungszentrum Cottbus, Amt Turm 14

Auf Bitte von **Frau Schmidt** sind Vertreter der Verbraucherzentrale zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen.

Die Beratungsstelle wird seit Jahresbeginn (aufgrund von Hartz IV) verstärkt frequentiert.

Demgegenüber steht die finanzielle Situation dieser Beratungsstelle zur Diskussion.

Im Ausschuss ist zu beraten, inwieweit das Beratungszentrum durch die Verwaltung unterstützt werden kann bzw. ob der Erhalt der Beratungsstelle für Cottbus langfristig möglich ist.

Vertreter der Verbraucherzentrale sind zur Berichterstattung für die Sitzung am 02.02.2005 einzuladen.

gez. Dr. Fischer
Vorsitzender

gez. Schuppan
Protokollantin

Anlagen